

28. SEP. 1959



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 23  
Fernschreiber 0 836 890

P/XIV/218 - 26. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Trauerspiel um die Renten Von Konrad Schayer	58
3 - 5	Ruhe vor dem Sturm ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	104
6	Längst überfällig: neuntes Schuljahr Begrüßenswerte Beschlüsse der Kultusminister	37
7	Neuer Rekord der Verkehrsdichte Hamburger Hafen erreichte 769 Abfahrten im Monat	51

\* \* \* \*

\* \* \*

### Trauerspiel um die Renten

Von Konrad Schayer

Am Mittwoch dieser Woche ging das Kabinett unverrichteter Dinge auseinander. Es war unfähig, einen Beschluss über die Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung zu fassen. Das erinnert lebhaft an den Vorgang, der sich erst vor wenigen Monaten anlässlich der Kabinettsberatungen über die Kriegsofferrenten abgepielt hatte: damals wurde die Erhöhung der Grundrenten für die Kriegsoffer vom Kabinett zunächst vertagt - und dann abgelehnt. Glatt ging jedoch in jener denkwürdigen Kabinettsitzung die erkleckliche Erhöhung der Ministerpensionen über die Bühne.

Bis zum 30. September, so ist es in den Rentenneuregelungs-Gesetzen vorgeschrieben, hat die Bundesregierung einen Sozialbericht mit einem Vorschlag über die Anpassung der Renten im kommenden Jahre vorzulegen. Der sogenannte Sozialbeirat hatte der Regierung die Entscheidung denkbar leicht gemacht, indem er die Empfehlung ausgesprochen hatte, die laufenden Renten ebenso wie die neu zugewandenen Renten um 5,94 vom Hundert zu erhöhen und damit der Veränderung der Gehälter und Löhne anzupassen. Trotz seiner sehr "gemischten" Zusammensetzung aus Vertretern der Arbeitgeber, der Rentenversicherten, der Wissenschaft und der Bundesnotenbank, hat der Sozialbeirat ein eindeutiges Votum abgegeben.

Es gab nämlich einfach keinen einleuchtenden sachlichen Grund, der gegen eine volle Rentenanpassung hätte ins Feld geführt werden können. Selbst die sonst so gern angeführten Einwendungen zogen diesmal nicht. Finanzschwierigkeiten der Rentenversicherung? Die Rücklagen der Rentenversicherungsträger überschreiten die 13 Milliarden Mark-Grenze, ganz zu schweigen von weiteren 2 Milliarden Mark, die der Bund den Rentenversicherungsträgern schuldet. Inflationsgefahr? Die düsteren Prophezeiungen der Gegner der Rentenneuordnung, über die angeblich verhängnisvollen Folgen der Anpassung

26. September 1959

der Sozialrenten an den Stand der Löhne und Gehälter für die Kaufkraft, haben jämmerlichen Schiffbruch erlitten. Auch in den Hinterhöfen der Wirtschaftsforschungsinstitute lässt sich heute kaum jemand finden, der ernsthaft die Ansicht vertritt, die von Sozialbeirat empfohlene Rentenanpassung würde eine inflationäre Entwicklung auslösen.

Warum - fragt man sich - tut sich die CDU-Regierung in dieser Situation so schwer, einen Entschluss über die Rentenanpassung zu fassen? Warum zögert die Regierung, der eigentlich selbstverständlichen Empfehlung des Sozialbeirats zu folgen, obwohl sie sonst immer auf diesen Sozialbeirat schwörte?

Es besteht Grund zu der Annahme, dass weniger sozialpolitische, als wahlpolitische Überlegungen die Entscheidungsfreudigkeit der Bundesregierung beeinträchtigen. Die CDU-Minister bringen es anscheinend nicht fertig, aus der folgenden Zwickmühle herauszufinden: werden die Renten jetzt und im folgenden Jahr voll der Lohnentwicklung angepasst, so ist damit die von der SPD immer geforderte, von der CDU aber grundsätzlich abgelehnte alljährliche Anpassung der Renten an die Löhne präjudiziert, das heisst praktisch Gewohnheitsrecht geworden. Die Rentenanpassung in diesem Jahr vorzunehmen und im folgenden Jahr zu unterlassen, ist wiederum nach Meinung der CDU-Wahlstrategen wenig ratsam, denn die im nächsten Jahr zu beschliessende Anpassung der Renten wird die letzte Anpassung vor der Bundestagswahl 1961 sein. Dann also lieber in diesem Jahr keine oder nur eine halbe Rentenanpassung?

Am Montag oder Dienstag kommender Woche wird das Kabinett einen erneuten Versuch unternehmen, aus dem Labyrinth der wahltaktischen CDU-Überlegungen herauszufinden.

Ruhe vor dem Sturm ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

In Paris und Algier steigt die innenpolitische Temperatur täglich und stündlich. Die Kaiputschisten und darüber hinaus grosse Teile der beiden Regierungsparteien, die gaullistische UNR und die "Unabhängigen" befinden sich in offener Opposition gegen den neuen Algerienplan de Gaulles, den sie als "illegal" bezeichnen. Mit fieberhafter Spannung wird die Antwort der algerischen Exilregierung abgewartet, die schon eine Woche auf sich warten lässt. Falls die FLN ebenso wie ihre Konkurrenzorganisation MNA (Messali Hadj) den Plan de Gaulles als "Diskussionsbasis" betrachten sollte, würden die französischen Rechtsradikalen, wie sie es jetzt in ihren Manifesten ankündigen, zur "Aktion" übergehen.

Die "RAF"

Eine neue "Sammelbewegung" wurde soeben gegründet: die "RAF" (Rassemblement pour l'Algérie Française). Sie umfasst Aktivisten aller "nationalen" Parteien und ruft zum "Kampf für Französisch-Algerien bis zum Sieg". Auch die interne Autonome Algeriens wird als "getarnte Secession" abgelehnt.

An der Spitze dieser Bewegung befinden sich nicht nur "Rechtsgaullisten" wie Biaggi (Chef der früheren Revolutionär-Patriotischen Partei) und Oberst Thomazo, beide Abgeordnete der UNR, Ex-Aussenminister Bidault ("christlichsozial") und der Generalsekretär der "Unabhängigen", Duchet, sondern auch ein alter Bekannter, der ehemalige Algerienminister Mollets, Robert Lacoste, von dem man seit einigen Monaten nichts mehr gehört hatte. Im Gegensatz zur SFIO, der er immer noch angehört und die am letzten Parteitag im Juli ausdrücklich Verhandlungen mit den algerischen Aufständischen forderte, ist Lacoste gegen Verhandlungen und für die Fortsetzung der "Befriedung".

Selbstverständlich finden wir in dieser RAF auch die extremistische algerienfranzösischen Abgeordneten Vinciguerra und Lauriol. Es handelt sich um eine Fortsetzung der JSRAF ("Union für das Heil und die Erneuerung Französisch-Algeriens"), an deren Spitze Scustelle stand; sie will sich keineswegs auf blosser Propaganda für den Fall einer

Volksabstimmung beschränken, sondern erklärt in ihrem Aufruf, die französische Souveränität sei für Algerien "unübertragbar". Weiter heisst es: "Die Partie wäre nur dann verloren, wenn wir nördlich des Mittelmeers (in Frankreich) das Feld denjenigen überliessen, die ihren Glauben verloren haben. Armee und Volk würden sich dann mit Recht preisgegeben und verraten fühlen."

#### "Legale" und "illegale" Rechtsradikale

Zwei Strömungen lassen sich in den Rechtsparteien feststellen: die einen kritisieren de Gaulles Vorschlag, stellen sich aber auf den "Boden der Tatsachen" und wollen durch legale Agitation und Propaganda die "Französisierung" durchsetzen, die anderen bestreiten überhaupt das Recht des Staatschefs, den Algeriern eine "Sezession" zu ermöglichen und befürchten einen ungünstigen Ausgang der geplanten Volksabstimmung, die sie um jeden Preis verhindern wollen.

Die Kriegsteilnehmerverbände in Algier haben nach gemeinsamer Beratung mit dem rechtsradikalen Abgeordneten Le Pen eine Entschliessung zur Frage einer Volksabstimmung gefasst, die sich in einem Wort resümieren lässt: "Niezu". Um die Algerierfranzosen wieder aufzuputtschen, werden falsche Gerüchte über Verhandlungen zwischen Paris und der FLN ausgestreut. Auch Lagaillarde, der Mann, der am 13. Mai 1958 an der Spitze der Demonstranten das Tor des Sommerpalastes aufbrach, ist wieder in Algier, nachdem er einige Tage lang verschwunden war. Die Parlamentsfraktion der "Algerier" ("Unité de la République") bezeichnet de Gaulles Plan als "verfassungswidrig" und "illegal". Alle diese Bünde versuchen, die Öffentlichkeit auf einen neuen Aufbruch vorzubereiten, den sie als "verfassungstreu" und "legal" legitimieren wollen.

Um diese Agitation einzudämmen, hat die Militärbehörde erstmalig die Zensur über die in Algier erscheinenden Zeitungen verhängt, unter welchen das "Echo d'Alger" mit seinem Chefredakteur de Sérigny auf die grosse Pauke schlägt. Die Flugblätter der ausgesprochen faschistischen Verbände ("Volksbewegung des 13. Mai", "Ständestaatsbewegung", "Nationalfront", usw.) gehen noch weiter und scheeren sich wenig um republikanische Legitimationen. Erstmals sind in Paris die Blätter der Poujadisten und der Action Française beschlagnahmt worden, nachdem

26. September 1959

sie die Forderung gestellt hatten, de Gaulle müsse vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, weil er französisches Gebiet abtreten wolle.

#### Zustimmung der Mittelparteien

De Gaulle erhielt für seinen neuen Plan sofort die Unterstützung der Parteien der früheren Vierten Republik - katholische Volksrepublikaner, Radikale (Gaillard) und SFIO (Mollet) - obwohl er eigentlich theoretisch weiter gegangen war, als diese früheren Regierungschefs. Allerdings sind auch die Zeiger der Weltgeschichte weitergerückt. Die früheren "Systemparteien" hoffen, dass de Gaulle sich auf sie stützen wird, um seinen Algerienplan durchzusetzen.

Man nimmt an, dass der General auf seiner Reise durch Nordfrankreich, die ihn auch in die stärksten Stellungen der SFIO führt, deutlicher über seinen Plan spricht. De Gaulle fand Zustimmung auch in den Wochenzeitungen "Express" und teilweise in "France-Observateur", wo der frühere Ministerpräsident Edgar Faure für den Plan Stellung nahm, während der Chef der Widerstandsdemokraten, Mitterrand, darauf hinwies, dass die "Sezession" nicht gleichbedeutend mit Unabhängigkeit ist, sondern durch departementweise Abstimmung zu einer Zerstückelung des Landes führen könnte, wobei die Algerierfranzosen die Küste, die wichtigsten Städte und die Sahara behielten und die FLN sich auf die unfruchtbaren Landstriche beschränken müsste.

#### Die Linksoption

Abgesehen von den Kommunisten, die de Gaulles Plan als blosses "Manöver" abtun und weiter nicht darauf eingehen, entwickelt sich unter den unabhängigen Sozialisten und Republikanern eine Opposition, die jetzt verstärkt auf Waffenstillstandsverhandlungen drängt. Der Chef der Autonomen Sozialisten, Depreux, hat in diesem Sinn einen Artikel in der freien Tribüne der Pariser Morgenzeitung "Libération" veröffentlicht.

Der Beitritt von Mendès-France und seiner Anhänger zur Parti Socialiste Autonome ist gerade jetzt von grosser Bedeutung. In nächster Zeit werden sich auch die Linksozialisten (Bourdet) und andere oppositionelle Gruppen mit der Depreux-Partei zur "Vereinigten Sozialistischen Partei" zusammenschliessen, wodurch eine neue Linkskraft entsteht, die ernst genommen werden muss. Man muss aber darauf hinweisen, dass auch "Le Monde" in einem viel beachteten Leitartikel des Chefredakteurs die Frage stellt, warum jetzt noch gezögert wird, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.

### Längst überfällig: neuntes Schuljahr

sp - Die ständige Konferenz der Kultusminister, die zu zweitägigen Beratungen in Berlin zusammengetreten war, hat einige bedeutsame Beschlüsse gefaßt, die an sich schon längst überfällig waren und von denen zu hoffen ist, daß sie nicht allzu lange mehr nur auf dem Papier stehen. Sie enthalten eine Empfehlung an sämtliche Länderregierungen, nunmehr das neunte Schuljahr obligatorisch an allen Volksschulen einzurichten, eine Verfeinerung des Ausleseverfahrens für die Aufnahme an höheren Schulen, die Forderung nach Zugang zu höheren Schulen für alle begabten Kinder, unabhängig von Herkunft und Vermögen der Eltern und die Eröffnung des sogenannten zweiten Bildungsweges durch die Errichtung von Berufsaufbauschulen. In diesem letztgenannten Schultyp sollen die Schüler die Möglichkeit erhalten, die Reife für die Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen zu erwerben und damit auch, sofern Begabung und Neigung besteht, den Zugang zu den Universitäten. Die Kultusminister kamen ferner überein, die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wissenschaftsrat zu verstärken und ihm zunächst für das Jahr 1960 200 Millionen DM für den Ausbau von Forschungsstätten zur Verfügung zu stellen, ein Betrag, der 1961 auf 400 Millionen DM erhöht werden soll.

Es hat langer Zeit bedurft, um bei den für die Erziehung und Ausbildung unserer Jugend verantwortlichen Instanzen die Erkenntnis reifen zu lassen, daß wir als Volk in Rückstand geraten, wenn wir es auf diesem Gebiete versäumen, mit den Erfordernissen unserer modernen Zeit Schritt zu halten. Die ungeheuren Erfolge der russischen Wissenschaft und Technik, Ergebnis konzentrierter und finanzielle Kosten nicht scheuende Anstrengungen scheinen nun ihre aufrüttelnde Wirkung auch bei uns nicht verfehlt zu haben. Nicht auf dem Atomschlachtfeld fällt die Entscheidung über Fortbestand dessen, was wir unter westlicher Zivilisation verstehen, sondern in den Laboratorien und Hörsälen der Universitäten. Die Auseinandersetzung um das Für und Wider der Einführung des neunten Schuljahres hat ohnehin schon zu lange gedauert, sie sollte nun jetzt nach dem Beschluß der Kultusminister als beendet gelten. Der Reichtum einer Nation besteht nicht allein in seinen Fabriken und Bodenschätzen, er besteht vor allem in der Mannigfaltigkeit ihrer Begabungen; diese gilt es zu wecken, zu fördern und für sie den Weg zu ebnen, der sie befähigt, am richtigen Ort die richtige Arbeit zu leisten. Die Kultusminister machten dazu in Berlin einen Anfang. + + +

Neuer Rekord der Verkehrsdichte

(rh) Die Verkehrsdichte des Liniennetzes eines Hafens übt eine starke Wirkung auf die Frachtdispositionen der Absender und Empfänger von Seeverkehrsgütern aus. Umso verständlicher ist das Bemühen des Hamburger Hafens, bei dieser Verkehrsdichte nicht nur mit den übrigen europäischen Welthäfen konkurrieren zu können, sondern auch wegen seiner Lage am Schnittpunkt des Handels aus West und Ost, Nord und Süd, vor allem bei dem ständigen Verkehr mit den wichtigsten Häfen in aller Welt eine führende Rolle zu spielen. Dieses Bemühen hatte im vergangenen Juli einen neuen Erfolg zu verzeichnen; im Juli 1959 wurde in der regelmäßigen Linienschiffahrt des Hamburger Hafens mit 769 Abfahrten ein neuer monatlicher Höchststand seit dem Kriege erreicht. Gegenüber dem Vormonat Juni lag die Zahl der Abfahrten um 69, das sind 9,2 Prozent, höher.

Für die ständigen Kunden des Hamburger Hafens ist es dabei besonders wichtig, daß diese Abfahrten in steigendem Maße außereuropäische Häfen erreichen. Nach Überseehäfen gingen im Juli 375 Abfahrten, demnach mit 55,7 Prozent aller Abfahrten deren Mehrzahl. Im Juni hatte der Anteil der Überseehäfen 53,8 Prozent erreicht, was dem Durchschnitt von 53,6 Prozent im ersten Halbjahr 1959 entsprach. Im ersten Halbjahr 1958 waren nur 50 Prozent der Abfahrten nach Überseehäfen gegangen. Seit dem Vorjahr nimmt demnach der Überseeverkehr des Hamburger Hafens konstant zu, so daß die Verkehrsdichte die Vorkriegsziffern bald wieder erreicht haben dürfte; die Zahl der Liniendienste hat die Vorkriegsziffern bereits weit überschritten. Im Jahre 1936, dem letzten vergleichsgültigen Vorkriegsjahr, betrug die Zahl der Abfahrten je Monat 699 (der Durchschnitt der bisherigen Monate dieses Jahres ist 678), die von 186 Liniendiensten wahrgenommen wurden; die Zahl der Liniendienste hat derzeit bereits 207 erreicht.

Für die Aufgliederung der Liniendienste und Abfahrten liegen für die Abfahrtsziffer von 751, wie sie im Frühjahr erreicht wurde, folgende interessante Detailangaben vor:

	Linien	davon deutsche	Abfahrten	davon deutsche
deutsche Küste	5	5	103	103
übriges Europa	62	39	321	234
Übersee	140	37	327	94
Insgesamt:	207	81	751	431

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die 207 ständigen Liniendienste zum Großteil von ausländischen Schiffsahrtslinien bestritten wurden, daß sich aber auch die deutschen Linien bereits stark haben einschalten können. Dies gilt besonders für den Verkehr mit europäischen Häfen, der von 62 Linien bestritten wurde, unter denen 39 deutsche waren. Abgesehen von der deutschen Küstenschiffahrt, halten sich die nach europäischen und Überseehäfen gehenden Abfahrten mit 321 : 327 in etwa die Wage, während seither - wie aus den Rekordziffern für Juli 1959 ersichtlich ist - der ständige Verkehr nach Übersee eine bedeutende Steigerung erfahren hat.

Daß darin eine besondere Chance des Hamburger Hafens in der näheren und weiteren Nachbarschaft mit Liniendiensten und Abfahrten nicht so gut ausgestatteter Häfen begründet ist, liegt auf der Hand. Denn das Exportgut sucht stets den Hafen, der ihm die Sicherheit bietet, auf dem schnellsten Wege überall hin zu gelangen. - - - + - + - + - - - - -

Verantwortlich: Günter Markscheffel